

© **Schwerpunkt »Zusammen arbeiten«**

»Wir können die Dinge nur gemeinsam anpacken«

Über die Kommissionsvorschläge zum Milchmarkt, die Bündelung der Milcherzeuger und die Notwendigkeit zusammenzuarbeiten.

Interview mit Romuald Schaber

Als Reaktion auf die 2009 öffentlich gewordene Milchkrise räumt die EU-Kommission in ihrem Milchbericht den Erzeugern die Möglichkeiten der Angebotsbündelung ein. Der Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM) und das Europäische Milch-Board (EMB) haben dieses Milchpaket kritisiert. Sie fordern eine wirksame Mengenregulierung, um kostendeckende Milchpreise zu erhalten und machen sich daher für eine europaweite, mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattete Monitoringstelle stark. Die ganz praktische Bündelung der Milchmengen und eine verpflichtende Mitgliedschaft aller europäischen Milcherzeuger in den teils noch zu schaffenden Organisationen bergen reichlich Konfliktstoff. Eine sinnvolle und für alle Beteiligten tragfähige Regelung des Milchmarktes bedarf jedoch der gesellschaftlichen und vor allem der politischen Unterstützung.

Die EU-Kommission hat den Milchbericht vorgelegt und das Europäische Parlament hat darüber verhandelt. Noch gibt es keine konkreten Vorschläge für eine Milchmarkt-reform im Rahmen der GAP-Vorschläge. Sind Sie zufrieden mit dem was Kommission und Parlament anbieten?

Vorab: Vorschläge für kostendeckende Preise macht die Politik leider nicht. Im Bericht des Parlaments sind einige zaghafte Vorschläge enthalten, die ein besseres Funktionieren des Milchmarktes gewährleisten sollen. Wir sind skeptisch – denn eigentlich sind keine wirksamen Marktregeln darin vorgesehen. Die Vorschläge beziehen sich erstens auf die Vorgabe, dass wirklich in allen Ländern Verträge zwischen Privatmolkereien und Milcherzeugern abgeschlossen werden sollen. Das ist gut, denn dies ist bisher nicht in allen Mitgliedstaaten möglich. Zweitens dürfen sich die Milcherzeuger in Europa besser zusammenschließen als bisher. Allerdings werden Grenzen der Angebotsbündelung eingezogen: bis zu 3,5 Prozent der europäischen Milchmenge oder bis 33 Prozent eines Landes. Das Europäische Parlament hat sich für 40 Prozent ausgesprochen. Drittens: die Gründung von Branchenorganisationen. Diese können aber keine Mengenregulierung durchführen, weil dies kartellrechtlich gar nicht geduldet würde und so sollen sie nur einer besseren Information dienen. Viertens beziehen sich die Vorschläge auf das Kennzeichnungsrecht und auf die Verbesserung der Transparenz.

Was ist Ihre Kritik?

Man muss wissen. Die Vorschläge gehen auf das Jahr 2009 zurück, als die Milchpreise mit 20 bis 22 Cent pro Kilogramm wirklich vernichtend niedrig waren. Ich denke, da haben selbst die in Brüssel begriffen, dass diese Preise zu niedrig sind. Der Gedanke, der hinter den Vorschlägen steckt ist der, dass durch die Vertragsabschlüsse zwischen Erzeugern und Molkereien auch Mengen vereinbart werden und damit verbunden die Hoffnung, dass die Molkereien bei den Abschlüssen sich an ihrem Absatz orientieren und entsprechend beschränken. Wir glauben nicht, dass das funktioniert. Und hinzu kommt, dass die Genossenschaften von diesen Verträgen ausgenommen wurden. Da kein Passus verankert ist, dass es zu kostendeckenden Preisabschlüssen kommen muss, sondern vermutlich die Preise nur nach Indices festgelegt werden, kann das nicht zu einer wirksamen Mengenbegrenzung führen und daher auch nicht zu kostendeckenden Preisen. Wir fordern eine Marktordnung und so haben wir vom Europäischen Milchboard in Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament darauf hingewirkt, dass in dessen Stellungnahme die Monitoringstelle erwähnt wird. Im Deß-Bericht des Europaparlaments zur GAP-Reform wird zusätzlich von der Notwendigkeit einer Marktordnung gesprochen wird. Zur Zeit findet der sogenannte Trilog statt wo ein Vertreter des Ministerrats, der Kommission und des Parlaments verhandeln, weil

dem Ministerrat die Veränderungen des Parlaments nicht gefallen. Sie würden am liebsten alles rückgängig machen und zeigen, wer »Herr im Haus ist«.

Was müsste passieren, um kostendeckende Preise zu erreichen?

Es müssen letztlich Mengenvorgaben gemacht werden. Wenn die Quotenregelung 2015 ausläuft, dann tappen wir de facto völlig im Dunkeln. Es ist wie Autofahren ohne Bremse. Wir können nur Gas geben, aber nicht bremsen. Deshalb die Überlegung, dass wir eine Europäische Monitoringstelle benötigen. Sie soll Marktbeobachtung machen, Produktionskosten der Landwirte und Margen ermitteln, um so die Transparenz im Markt zu erhöhen. In vielen europäischen Ländern gibt es so eine Marktbeobachtung noch nicht. Wichtig ist, dass das zeitnah funktioniert. Unser Vorschlag ist ja, dass aufgrund der Produktionskosten ein Korridor definiert wird, in dem sich der Erzeugerpreis bewegen soll. Ein Korridor von sagen wir fünf bis sechs Cent. Schwankt der Preis innerhalb des Korridors, ist kein Handlungsbedarf angesagt. Würde der Preis über den Korridor hinaus steigen, dann müsste die Ansage kommen: »Gebt Gas!«. Sinkt der Preis unter den Korridor, dann müsste man auf die Bremse treten. Das setzt natürlich voraus, dass die Verträge verpflichtend und mit bestimmten Kriterien versehen für alle Länder gelten. Also nicht fakultativ, sondern obligatorisch. Die Monitoringstelle muss daher mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet sein.

Läuft das nicht auf eine Art Planwirtschaft hinaus?

Der Korridor unterstützt den Wettbewerb – allerdings auf einem Niveau, das einigermaßen geeignet ist, die Kosten der Produktion zu decken. Es war über einen langen Zeitraum so, dass weit unter dem Kostenrahmen produziert werden musste und das führte zu einer finanziellen Ausblutung der Betriebe. Die Überbrückungsdarlehen, die wurden ja nicht zufällig gegeben. Das war die allerletzte Notbremse, die gezogen worden ist, damit genau die Betriebe, die investiert hatten, nicht in die Insolvenz gehen.

Sicher: es würde die Intensivierung etwas verlangsamen. Aber wäre das nicht aus vielen Gründen heraus vernünftig? Aus Gründen des Umwelt- und Tierschutzes sowie aus arbeitswirtschaftlichen Gründen? Sind die Menschen mit ihrer Arbeit überfordert, geht es den Kühen und allgemein den Tieren nicht mehr so gut wie es eigentlich gehen könnte oder müsste. Diesen Zusammenhang kennen wir Bauern sehr gut. Das ganze System wäre durch so einen Preiskorridor entlastet, weil in so einem Korridor auch das erste Mal vernünftige Arbeitszeit erfasst würde, die ja bisher nicht interessiert. Wer macht denn die Arbeit? Da sind die Altenteiler, Kinder, alle helfen da mit. Oder in großen Betrieben

findet Lohndrücken statt oder es wird mit nicht regulär sozialversicherungspflichtigen osteuropäischen Arbeitern gearbeitet. Da ist überall Handlungsbedarf, um zu einer sozialverträglichen Entwicklung zu kommen. Das ist eine gesellschaftliche und politisch zu lösende Aufgabe, das kann nicht allein von den Bauern gestemmt werden.

Die EU-Vorschläge geben zu, dass der Milcherzeuger nicht auf Augenhöhe mit der Molkereiwirtschaft steht, nehmen aber ganz explizit die Genossenschaften aus der Vertragspflicht raus und begründen das damit, dass die Erzeugerinteressen durch die Genossenschaften ausreichend vertreten seien. Was halten Sie davon?

Die Analyse der Kommission können wir nur unterstreichen: Wir sind nicht einmal ansatzweise auf Augenhöhe mit unseren Verarbeitern und schon gar nicht mit dem Handel. Die Erzeuger sind in einer denkbar schlechten Marktposition: Wir bieten ein leicht verderbliches Gut an und durch die ständige Anhebung der Qualitätskriterien ist Milch vom Atlantik bis zur polnischen Ostgrenze austauschbar geworden. Auf der einen Seite stehen wenige große Abnehmer und auf der anderen Seite bieten mehrere 100 000 Landwirte letztlich das Gleiche an. Aus unserer Sicht ist es da völlig egal, ob wir diese Milch einer Genossenschaft anbieten oder einem privaten Unternehmen.

Wenn es nun heißt, die Bauern sind aber die Eigentümer der Genossenschaften, es werden ja von den Bauern die Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder gewählt – dann stimmt das schon in der Theorie, auch wenn 5 000 Genossen 150 Delegierte wählen und diese dann Vorstand und Aufsichtsrat. Warum sind wir trotzdem mit der Arbeit und der Herangehensweise der Genossenschaften nicht zufrieden? Das liegt daran, dass auch die Genossenschaften in den Wettbewerb eingebunden sind. Sie haben nur einen variablen Punkt auf der Ausgabenseite und dieser eine variable Punkt ist der Milchpreis. Wenn eine Genossenschaft alle ihre Kosten decken will und sie aber nicht so verkauft hat, wie sie es gerne hätte, dann senkt sie eben am Schluss den Milchpreis.

Das muss nicht immer so sein. Ich denke da an die kleinen Genossenschaften. Zehn, fünfzehn Landwirte liefern ihre Milch und die Genossenschaft verarbeitet sie zu Käse, Butter oder Joghurt etc. Vermarktet wird direkt und der Geschäftsführer oder der Käser ist zugleich für den Verkauf verantwortlich. Hier achtet die Genossenschaft genau drauf, nur so viel Milch anzunehmen wie sie hochpreisig verkaufen kann. Hier können für die Bauern kostendeckende Preise möglich werden. Der entscheidende Punkt aber ist: Diese kleinen Genossenschaften arbeiten in Marktnischen. Die Selbstbeschränkung in der Menge macht hier Sinn und funktioniert. Aber die international ausgerichteten Ge-

nossenschaften wie Campina, Hochwald oder das Deutsche Milchkontor – die können sich in der Menge nicht beschränken und selbst wenn sie es täten, könnten sie am Markt keinen höheren Preis durchsetzen. Sie sind auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, im Milchzukauf einen sogenannten wettbewerbsfähigen Preis zu bezahlen und dieser Preis kann nicht höher sein als der Preis, den die Mitwettbewerber bezahlen. Daher steht für diese Genossenschaften nicht der kostendeckende Preis für die Bauern im Vordergrund, sondern der Umsatz und die Auslastung ihrer Produktionsanlagen.

Mengenregulierung und kostendeckende Preise – das setzt eine Bündelung des Angebots voraus. Wie wollen Sie das erreichen?

Die von der EU eingeräumte Möglichkeit der besseren Bündelung reicht nicht aus: Wir fordern erstens eine Bündelungsmöglichkeit bis zu 30 Prozent des europäischen Volumens. Aber die Bündelung alleine reicht ebenfalls nicht aus. Wir benötigen daher zweitens vor allem eine politische Unterstützung. Wir wollen eine verpflichtende Mitgliedschaft, denn es reicht nicht die Möglichkeit zu eröffnen, sondern die Milcherzeuger müssen wirklich verpflichtet werden, sich einer Organisation anzuschließen. Das kann aber nur von politischer Seite aus erfolgen. Und das Dritte was es braucht ist, dass diese Organisationen und die Monitoringstelle, bei der die Fäden wieder zusammenlaufen, mit Instrumenten ausgestattet sind, dass die am Markt befindliche Milchmenge reguliert werden kann. Denn am Schluss ist es die Menge am Markt, die alles entscheidet.

Wenn wir nicht gemeinsam die Menge reguliert können, helfen auch die Zusammenschlüsse nichts. Es braucht nicht viel Milchmenge um den Markt durcheinander zu bringen; es reichen fünf oder zehn Prozent der Erzeuger und die Bemühungen der restlichen 90 Prozent, die Mengen freiwillig zurückzunehmen, werden unterlaufen. Das sehen wir ja jetzt schon beim bestehenden Quotensystem, in dem den Landwirten am Jahresende die Saldierungsmöglichkeit gegeben wird. Es sind ja in der Regel nur zehn Prozent der Milcherzeuger, die ihre Quote deutlich überziehen – diese zehn Prozent bringen das Fass zum Überlaufen. Wir müssen das einfach mal so deutlich sagen.

Daher ist unsere Vorstellung, dass jeder über eine Organisation verkaufen muss und wenn die Ansage kommt: »Leute wir müssen jetzt weniger machen«, dass sich dann alle an die Vorgaben halten. Die Schweizer nennen das Allgemeinverbindlichkeit. Ein solches Vorgehen muss politisch beschlossen werden. Das kann dann privat umgesetzt werden, das ist nicht das Problem. Aber die Legitimation muss von der Politik geschaffen werden.

Warum reicht nicht ein freiwilliger Lieferverzicht?

Das ist schon eine Möglichkeit – aber wir haben gelernt, dass die Lösung nicht von einem Ende her zu erwarten ist. Zunächst hatten wir geglaubt, dass die Politik alleine es richtet. Die einfachste Variante wäre die Beibehaltung und Flexibilisierung der Quotenregelung gewesen. Da haben die Politik und der Staat gesagt: Das machen wir nicht mehr. Dann haben wir gesagt: Okay, wir nehmen Euch diese unbequeme Arbeit der Mengenregulierung ab, denn wir sind daran interessiert, unsere Dinge selbst zu regeln. Aber wir brauchen die Unterstützung vom Gesetzgeber, damit es zu einer wirklichen Mengenregulierung und damit zu einem kostendeckenden Milchpreis kommt. Wir können diese Dinge nur gemeinsam und in Kooperation aller anpacken. Denn auch die Bauern und die Molkereien können das nicht alleine machen. Dass so eine bequeme, von der Politik getroffene Aussage nicht funktioniert, haben wir in der Schweiz gesehen. Die Erzeuger kriegen es zusammen mit den Molkereien nicht hin, weil die Interessen völlig auseinanderlaufen: Die Molkereien wollen aus Wettbewerbsgründen heraus immer viel und möglichst billige Milch. Und die Erzeuger wollen durchaus höhere Preise. Zugleich aber gibt es immer ein paar, die sich mit niedrigeren Preisen zufriedengeben. Sie produzieren dann mit Vollgas und machen jeden Ansatz der Mehrheit der Milcherzeuger, die einen höheren Preis wollen, kaputt. Es braucht daher einen Dritten, es braucht einen staatlich gesetzten Rahmen, damit vernünftig gearbeitet werden kann.

Wie hoch ist der aktuelle Bündelungsgrad in Deutschland und auf europäischer Ebene?

In Deutschland und in den Niederlanden, wo schon Organisationen bestehen, werden bereits 30 Prozent der Milch gebündelt. In den anderen Ländern sind entsprechende Organisationen erst noch im Aufbau begriffen.

Neben den fehlenden politisch gesetzten Rahmenbedingungen – was macht es so schwer, dass die Bauern in der Milchfrage besser zusammenkommen?

Menschen unter einen Hut zu bringen, das ist ohnehin schwer. Das wissen zum Beispiel auch die Gewerkschaften. Aber in der Landwirtschaft und auch bei den Milcherzeugern kommt noch was erschwerend dazu: Ein Teil rechnet sich aus, wenn er nach vorne geht, wenn er investiert und sich vergrößert, dann hat er die Nase vorn. In der Ausbildung wird das Denken stark gepusht, es wird mit den Agrarinvestitionsförderprogrammen nochmals auch von politischer Seite her gepusht. Bei den Landwirten kommt dann der Egoismus in den Vordergrund. Jeder denkt, er ist der Schlauere, er hat den Vorteil, wenn er nach vorne geht und der Nachbar dann nicht mithalten kann. Fast ein Drittel der

Landwirte würde ich so einstufen. Dann ist ein Drittel, die bei uns im BDM oder EMB Mitglied sind und sich eine freiwillige Mengenbeschränkung vorstellen können. Und da ist ein weiteres Drittel derjenigen, deren Situation unsicher ist oder die schon mit der Zukunft abgeschlossen haben. Bei Letzteren stellen wir leider auch einen bestimmten Neid fest. Die wollen oft nicht, dass die Preise besser werden, weil sie dann die eigene Entscheidung in Frage stellen müssten.

Das ist ja auch eine schwere Entscheidung für einen Landwirt zu sagen, mein Hof ist ein auslaufender Betrieb. Der Betriebsleiter ist in der Regel 45 Jahr alt, dann fällt die Entscheidung: Was lernt mein Sohn? Steigt er in die Landwirtschaft ein oder geht er einem anderen Beruf nach. Wenn dann die Entscheidung gegen die Weiterführung des Hofes gefallen ist, dann muss er selbst ja noch 10, 15 Jahre den Hof weiterbetreiben bis er ihn aufgeben kann. In diesen Jahren ist er überhaupt nicht daran interessiert, dass sich die Situation wirklich verbessert. Er kann ja die Entscheidung auch nur schwer rückgängig machen! Aber auch diejenigen, die sich für das Wachstum entscheiden, die wollen niedrige Preise im Glauben, dass dadurch der Strukturwandel angeheizt wird und sie leichter wachsen können. Auch das ist destruktiv, aber so ticken viele. Sie glauben, wenn die Preise höher sind, dann hören weniger auf und sie selbst können nicht weiter wachsen. Dass sie aber gar nicht wachsen *müssen*, wenn die Preise hoch sind, das kommt ihnen nicht in den Sinn. Im Kleinen ist das wie im Großen – dieses Denken treibt die Marktwirtschaft an. Dieses ständige Streben nach mehr, das auch als Gier bezeichnet werden könnte.

Ihre Vorschläge stehen also in gewissem Konflikt zu diesen Gruppen, vor allem mit denen, die weiter wachsen wollen. Sehen Sie dennoch gemeinsame Punkte in den Interessenslagen?

Ich glaube es gibt hier mehrere gemeinsame Punkte. Das Gemeinsame ist der Wunsch nach mehr Glaubwürdigkeit in der Politik. Es traut doch keiner mehr der Politik zu, etwas Vernünftiges zu machen. Das war während des Streiks anders. Da haben die Leute gesagt: »Jetzt helfen wir alle mal zusammen und dann müssen die Politiker was machen.« Als die Politik am Ende alles konterkarierte, da haben viele Bauern und Bäuerinnen einfach den Glauben verloren und es hat wieder eine Apathie um sich gegriffen wie schon vor dem Streik. Die Arbeit des BDM hatte sie aus der Apathie rausgeholt und wir haben ihnen nochmals Hoffnung gegeben. Die Politik aber hat genau das Gegenteil davon gemacht, was eigentlich Not getan hätte. Daher halte ich die Wiederherstellung der politischen Glaubwürdigkeit für so wichtig. Und das zweite Bindeglied wäre, dass die Politik klare Vorgaben macht. Solange große Milchviehställe bis zum Exzess gefördert werden, so-

lange nutzen die Landwirte das auch aus. Es braucht hier klare politische Rahmensetzungen. In NRW haben sie beispielsweise die geförderte Stallgröße begrenzt, auch in Baden-Württemberg wird nur noch bis zu einer Größe von 60 Kühen gefördert. Wer größer bauen will, bitteschön, soll das aus eigener Kasse tun.

Es ist also aus Ihrer Sicht ein gesellschaftliches Anliegen, diese Selbstbeschränkung politisch auf dem Markt durchzusetzen.

Die landwirtschaftlichen »Rohstoffmärkte« (das Wort gefällt mir nicht) brauchen einen regelnden Rahmen. Das hat schon die letzte Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre gezeigt. Da hat man nach dem Krieg auch eine gute Regelung gefunden gehabt. Nun glaubt man seit ein paar Jahren, dass man auf all das verzichten kann. Wir sehen es ja auf den Finanzmärkten wohin es führt. Und die landwirtschaftlichen Rohstoffmärkte neigen ebenso wie die Finanzmärkte dazu, schnell überzureagieren. Da schwingt eben auch gleich die Angst der Leute mit. Wir sehen daher in der Politik eine hohe, wenngleich nicht alleinige Verantwortung.

Wir verstehen besonders die Milchproduktion und die Art und Weise wie Milch erzeugt wird als ein gesellschaftliches Anliegen. Milch ist ein regionales Produkt und es ist wichtig, dass eine flächendeckende Milchproduktion weiterhin erhalten bleiben kann, um die regionale Versorgung mit diesem Lebensmittel aufrechtzuerhalten. Wir müssen uns aber heute auch fragen, ob es noch dem gesellschaftlichen Anliegen entspricht, wenn auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt immer mehr und immer billigere Milch erzeugt und global vermarktet wird. Ist das die Innovation die wir brauchen? Erwartet nicht vielmehr die Gesellschaft zugleich von uns Bauern, dass wir in unserer Produktion Umwelt-, Tierschutz und Lebensmittelqualität berücksichtigen? Diese sich widersprechenden Anforderungen können weder die Bauern noch die Molkereien noch die Verbraucher unter einen Hut bringen. Und der freie Markt schon gar nicht. Genau dazu braucht es die Gesellschaft und damit auch die Politik, um eine neue Art von Marktordnung durchzusetzen, die mit klaren und politisch gesetzten Rahmen zugleich Raum lässt für die Eigenverantwortung von uns Bauern ebenso wie der Verbraucher. Genau dies ist die Funktion der Monitoringstelle. Sie wäre daher auch kein Zurück zur »alten« Marktordnung und ihren starren Festlegungen von Preisen und Quantitäten. Es wäre eine neue, noch zu entwickelnde Form. Aber ich bin überzeugt, dass wir nur über eine neue gesellschaftliche Übereinkunft – und mehr ist Marktordnung nicht – und über eine neue Art und Weise des Zusammenwirkens in Zukunft eine Milch erzeugen können, die sowohl ökonomischen wie auch sozialen und ökologischen Anforderungen gerecht wird.

Wie können Sie erreichen, dass sich diese Gesellschaft ihrer Verantwortung stärker bewusst wird und das Anliegen der Milcherzeuger unterstützt?

Zum einen möchten wir, dass diese Monitoringstelle gesellschaftlich breit besetzt wird, das heißt auch mit Vertretern der Verbraucherschaft und nicht nur mit Vertretern von Erzeugern, Molkereien und Handel. Zum anderen versuchen wir mit unserer »Fairmilch« ein positives Zeichen zu setzen, wohin die Reise gehen könnte und auch gehen sollte. Diese Fairmilch nimmt die gesellschaftlichen Ansprüche auf. Es wird mehr Gras den Kühen gefüttert, wir verzichten auf Futter aus Übersee und reduzieren den Kraftfuttereinsatz. Zugleich ist die Fairmilch kostendeckend und die Erzeuger erhalten 40 Cent von jedem verkauften Liter. Aber es sind nur wenige Prozent im Markt und es ist meist H-Milch. Alles andere wäre zu Beginn einfach aus Kostengründen nicht möglich gewesen. Wir sind nun dabei, auch Butter auf den Markt zu bringen und Sahne in Großgebinden. Für kleine Gebinde braucht es die Frischdienste und dann kommen wir mit 99 Cent Verbraucherpreis für den Liter Milch nicht mehr hin. Doch für uns ist der Weg so: Erster Schritt kostendeckender Preis; zweiter Schritt: wir können im Gegenzug diese gewünschten Leistungen erbringen.

Aktiv werden kann natürlich jeder Einzelne durch gezielten Einkauf: faire Milch, Bioprodukte, auch Produkte von Direktvermarktern und von regionalen Anbietern. Produkte mit Zusatzleistung ermöglichen auch eine höhere Wertschöpfung für die Erzeuger. Es bleibt also bei den Bauern etwas hängen (wenn es nicht gerade die Marke von Müller ist, dort bleibt es bei Müller hängen). Das zweite was jeder Verbraucher tun kann, ist auf seine Politiker zugehen und Druck machen, damit diese sich politisch für die Mengenregulierung einsetzen. Das fängt schon beim Bürgermeister und beim Landtagsabgeordneten an, die können auf ihre Parteikollegen einwirken, auch die Bundestags- und Europa-

abgeordneten ansprechen. Ihnen sagen: »Du als Politiker bist auch gefordert und rede Dich nicht heraus, dass das angesichts der Globalisierung nicht möglich sei. Werde Dir Deiner Verantwortung bewusst!« Inzwischen erfahren wir auch viel Unterstützung von den Nichtregierungsorganisationen. Wir haben eine große Unterstützung durch den BUND und die Imker bei der fairen Milch. Das ermutigt uns, dranzubleiben und weiterzumachen. Das ist wirklich beispielgebend. Und für uns ist es sehr wichtig, dass wir von der Gesellschaft und speziell auch von den Verbänden diese Unterstützung erfahren.

Eine ganz konkrete neue Möglichkeit unser Anliegen zu unterstützen ergibt sich aus der sogenannten »europäischen Bürgerinitiative«. Die EU hat diese Möglichkeit neu geschaffen und sie wird ab ersten April 2012 eingesetzt. Wir möchten gerne unsere Forderung nach einer europäischen Monitoringstelle über den Weg der europäischen Bürgerinitiative auf den Weg bringen. Die EU muss das Konzept genehmigen – aber dann benötigen wir eine Million Unterschriften! Wir brauchen also eine breite gesellschaftliche Unterstützung – alleine schaffen wir das nicht. Aber wir könnten mit einer solchen Bürgerinitiative auch die notwendige gesellschaftliche Diskussion über eine nachhaltige Regelung des Milchmarktes und damit der Milcherzeugung in Gang setzen.

Das Interview führte Andrea Fink-Keßler



Romuald Schaber

Vorsitzender des Bundesverbands
Deutscher Milchviehalter e.V.

schaber@milchviehalter.de
www.bdm-verband.org